

Beschluss (vorläufig) Kapitel 5: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-5 Kapitel 5

1 5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

2 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
3 unterschiedlichsten Biographien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
4 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
5 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
6 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
7 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
8 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
9 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
10 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
11 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
12 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
13 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
14 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
15 ist intersektional.

16 Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben wir uns als
17 Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen
18 in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser Frauenstatut dient seit über 30
19 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe in unserer Partei
20 geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist bewusst: Menschen, die
21 der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen Privilegien kritisch
22 reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen. Menschen, die in unserer
23 Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden, nicht nur zu Wort kommen
24 und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden – in
25 der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein erster wichtiger und
26 notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

27 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
28 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
29 antimuslimischer Rassismus oder antisiasiatischer Rassismus. So hat Berlin als erstes
30 Bundesland eine Expert*innen-Kommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, von der
31 wir uns wichtige Impulse und Maßnahmenvorschläge versprechen.

32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

33 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
34 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
35 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
36 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
37 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
38 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
39 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
40 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker
41 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
42 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglicht,

43 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren bisher unsichtbar und unhörbar bleiben oder weil
44 sie sich nicht angesprochen gefühlt haben. Dazu wollen wir in allen Bezirken und auf
45 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet werden
46 und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

47 Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

48 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
49 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA - und wir sind erfolgreich. In der
50 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
51 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
52 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
53 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
54 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
55 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
56 Frauen in die Parlamente zu schicken.

57 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
58 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner
59 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achtes Frauenhaus, denn die
60 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
61 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
62 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
63 verabschiedet.

64 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
65 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
66 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

67 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

68 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
69 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
70 sicher und zuhause fühlen - egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
71 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
72 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die "Initiative
73 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt" (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
74 schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
75 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
76 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
77 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
78 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
79 bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
80 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
81 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
82 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

83 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

84 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
85 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
86 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
87 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
88 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche
89 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richter*innenvorbehalt eingeräumt.

90
91 und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
92 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
93 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
94 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
95 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
96 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
97 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
98 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
99 vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
100 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
101 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
102 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
103 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
104 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
105 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichten ein neues Anti-
106 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
107 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
108 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
109 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

110 Dafür errichten wir ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen
111 Terror besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir
112 erkrankte Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge
113 Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr
114 und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr
115 ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und
116 Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die
117 Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur
118 Gefahrenabwehr lehnen wir ab.

119 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
120 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
121 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
122 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
123 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
124 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
125 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
126 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
127 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
128 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
129 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
130 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

131 Freiräume erhalten und fördern
132

133 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
134 in einer wachsenden Stadt geraten Freiräume unter Druck, deshalb darf das Bekenntnis zu
135 Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen nicht nur ein Werbespruch
136 bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des Gewerbemietrechts, die es den
137 Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und Kultur, Bildungseinrichtungen und
138 Kulturorten zu schützen, etwa durch die Ausweitung des Milieuschutzes auf gewerbliche Räume.
139 Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein, die als Schutzräume für alternative

140 Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von Diskriminierung betroffenen Gruppen
141 dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume langfristig Bestand haben, in ihren Räumen
142 bleiben können oder – falls nötig – neue Orte erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist.
143 Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche Kompetenz für den Erhalt von diesen
144 Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von Besetzungen dem Berner Vorbild folgen,
145 damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der Besitzer eine geplante Nutzung der
146 Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei Besetzungen für uns politische Lösungen
147 immer Vorrang.

148 Kulturmetropole Berlin

149 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
150 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
151 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
152 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
153 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
154 Verwertbarkeit. Deshalb

155 kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und
156 den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und
157 Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ
158 weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride
159 Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine
160 bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten
161 und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen
162 alle Angriffe verteidigen..

163 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
164 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
165 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die
166 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
167 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -
168 förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur kollektiven
169 Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten Generationen der
170 Arbeitsmigrant*innen (West-Berlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ost-Berlin) und ihrer
171 Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die Geschichten der
172 Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das Anwerbeabkommen nach
173 Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und umsetzen.
174 Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir weiter
175 stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den Kultureinrichtungen
176 und im Stadtbild Berlins sichtbarer machen. Sammlungen, Archive und Museen, die von sozialen
177 Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen und ihren Bestand auch in
178 Zukunft gewährleisten.

179 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen

180 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
181 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
182 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
183 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen,
184 die Anti-LGBT Angriffe im russischen Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten
185 in Ungarn sind besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen und müssen sichtbar
186 entgegengetreten werden. Wir arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte
187 queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch

188 auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer
189 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
190 mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein
191 Leben aufbauen zu können. Wir machen Berlin zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in
192 Berlin Schutz suchen und leben wollen. Wir setzen uns für die gerechte Öffnung der
193 Strukturen für Geflüchtete ein - vom gerechten Zugang zu (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit,
194 ärztlicher Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und Kultur und bis hin zur
195 politischen Teilhabe - nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir setzen uns dafür ein,
196 dass Berlin zu einer starken Solidarity City wird.

197 5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen 198 Diskriminierung

199 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
200 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
201 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
202 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
203 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
204 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
205 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
206 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
207 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten Diversity-Landesprogramm wird die
208 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
209 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
210 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
211 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

212 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
213 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
214 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
215 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
216 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
217 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
218 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
219 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und
220 Romnja* ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
221 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
222 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
223 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowermentangebot werden wir im engen
224 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
225 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
226 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
227 auch den (psycho)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.
228 Hinzu kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan
229 zur Einbeziehung ausländischer Roma, den wir in ein Landesprogramm überführen wollen. Das
230 Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das Potential der
231 muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

232 Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

233 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
234 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.

235 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
 236 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig
 237 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
 238 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung
 239 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
 240 Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
 241 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für
 242 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
 243 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
 244 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
 245 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
 246 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
 247 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
 248 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
 249 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
 250 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
 251 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitätscheck“
 252 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
 253 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin
 254 untersucht werden.

255 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
 256 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
 257 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
 258 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN Antirassismuskonvention (ICERD), in
 259 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
 260 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen durch verbindliche
 261 Zielvorgaben wie z.B. eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern. Wir begrüßen die in der
 262 Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft
 263 (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen Mitarbeiter*innenbefragungen
 264 zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die Personal-Entwicklungen in
 265 den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und Grundlage für die regelmäßigen
 266 Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden.
 267 Wir stehen zwar der Kategorie "Migrationshintergrund" (rassismus)kritisch gegenüber, aber
 268 sind auf deren Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit zur aktuellen
 269 statistischen Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus
 270 statistisch erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von
 271 Menschen mit Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das
 272 Personalvertretungsgesetz dahingehend zu novellieren, dass es analog zu Frauenvertretung
 273 ebenso eine Vertretung von und für BIPOCs bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im
 274 öffentlichen Dienst gibt, um die Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen
 275 Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs
 276 „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur Förderung der Partizipation in der
 277 Migrationsgesellschaft (PartMigG), der Menschen mit Rassismuserfahrung demütigt und nichts
 278 als eine leere Worthülse ist.

279

280

281

282

283 Dabei machen wir uns eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf
 284 die Förderung von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden –
 285 beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die

286 deutsche oder EU-Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt
287 werden, in denen dies absolut notwendig ist.

288
289 Wir stärken die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen, indem wir in allen
290 Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin dafür sorgen, dass Geschlechts-
291 und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und unbürokratisch wählbar sind und
292 entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst werden. Die Beratung hierzu
293 wollen wir ausweiten.

294 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

295 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
296 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie,
297 Vielfalt, Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
298 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin
299 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
300 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
301 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
302 worden sind. Wir unterstützen die Einrichtung eines Schwarzen Community-Zentrums.

303 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
304 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
305 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
306 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
307 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
308 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
309 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
310 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-
311 Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
312 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den
313 Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
314 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
315 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
316 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
317 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
318 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
319 Sicherheitsbehörden und der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
320 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
321 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
322 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
323 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
324 Profiling betroffen sind – u. a. Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig
325 wahrgenommene Menschen, Sintize* und Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
326 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communities angemessen zu vergüten

327 Wir begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Roma und Sinti im Rahmen der Novelle des
328 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

329 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

330 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
331 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
332 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
333 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung

334 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
335 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
336 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein
337 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
338 Antragsstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
339 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
340 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
341 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
342 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren
343 Lebensmittelpunkt in Berlin haben und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
344 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu
345 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
346 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

347 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

348 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
349 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
350 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
351 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
352 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
353 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
354 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
355 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
356 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
357 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
358 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
359 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,

360 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
361 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

362 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
363 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
364 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
365 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
366 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
367 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
368 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
369 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
370 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
371 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
372 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
373 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
374 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
375 für deren öffentliche Unterstützung.

376 Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen und sozialen Einrichtungen in
377 kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen zu
378 Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die Anwendung des Kirchlichen
379 Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der Erinnerungskultur
380 sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den beiden großen
381 christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten zivilgesellschaftlichen
382 Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der kulturellen Vielfalt

383 unserer Stadt besser gerecht wird. Wir wollen das Kirchnaustrittsgesetz Berlin dahingehend
384 ändern, dass für die austretenden Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an,
385 dass künftig Kirchnaustritte auch im Online-Verfahren möglich sind.
386 Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden Legislaturperiode die Zusammensetzung der
387 Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und dem RBB-Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser
388 abbildet und für die konfessions- bzw. religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz
389 eingerichtet wird.

390 5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die 391 Hälfte der Macht den Frauen

392 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
393 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
394 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
395 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
396 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
397 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
398 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-
399 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für
400 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzten uns auch
401 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
402 Verwaltung, Start-Up Szene und Landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
403 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
404 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
405 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

406 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

407 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
408 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
409 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
410 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
411 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
412 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
413 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

414 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

415 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
416 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
417 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
418 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
419 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
420 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglichen nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
421 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
422 Controlling einziehen – das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
423 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
424 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
425 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
426 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
427 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
428 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und

429 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
430 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
431 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
432 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
433 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
434 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
435 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine
436 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
437 entsprechend schulen.

438 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

439 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
440 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans*, inter*, Schwarze Frauen
441 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
442 Folgen für deren Gesundheit hat.

443 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
444 dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
445 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achtes Frauenhaus. Das Personal in
446 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
447 besonders von Diskriminierung betroffenen Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von
448 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
449 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
450 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
451 (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
452 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

453 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
454 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
455 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
456 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
457 Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für
458 das Thema sensibilisiert.

459 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
460 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
461 Communities weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
462 stärken.

463
464 Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht. Soziale
465 Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden. Deshalb
466 werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für diese
467 Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

468 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen
469 nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die
470 Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
471 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
472 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer
473 regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,
474 wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und
475 mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige
476 Maßnahmen gegen misogyne Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite

477 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
478 Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
479 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
480 etablieren.

481 In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im Zusammenhang
482 mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen.
483 Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen.
484 Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

485 Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema
486 sensibilisieren und dafür weiterbilden.

487 Selbstbestimmte Sexarbeit stärken.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
489 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
490 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
491 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans*, inter*
492 und nicht-binären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
493 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
494 für die Abschaffung des stigmatisierenden "Prostituiertenschutzgesetzes" ein. Essentiell
495 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
496 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick
497 auf Straßenstriche ist es unerlässlich den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
498 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
499 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter rot-rot-grün einberufene Runde Tisch
500 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
501 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
502 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
503 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
504 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

505 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

506 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter*, nicht-binären sowie trans* Personen werden
507 wir verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und
508 den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
509 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
510 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
511 haben und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche erleichtern.

512 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
513 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
514 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
515 gezielt sowohl Frauen, trans* Männer, inter* und nicht-binäre Personen und queere Personen
516 in der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere
517 Heilberufe wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen
518 von Frauen, trans* Männern, inter* und nicht-binären Menschen sowie für spezifische Fragen
519 zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

520 Auftrag an die Bundesregierung

521 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
522 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
523 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den

524 Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
525 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
526 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familienkämpfen wir auf Bundesebene.

527 5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

528 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
529 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
530 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
531 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
532 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
533 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
534 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communities unserer Stadt dabei, sichere und
535 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
536 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
537 Stadtgesellschaft zu streiten.

538 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

539 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
540 Beratungs- und Empowermentangeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
541 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
542 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten
543 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, sei es das erste queere
544 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
545 queere Bildung oder seit 2018 der Preis für lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des
546 Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir
547 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
548 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
549 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
550 Gruppen wie trans, inter und nicht-binäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
551 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernstgenommen
552 werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder Jugendclub – in all diesen
553 Einrichtungen muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe
554 Spaces wie Bars und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die
555 großen queeren Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus
556 der ganzen Welt nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie
557 gezielt und dauerhaft unterstützen.

558 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

559 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
560 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
561 diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
562 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
563 Beratungsangebot für trans*, inter* und nicht-binäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
564 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
565 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
566 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
567 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

568 , Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
569 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und

570 inter* Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
571 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
572 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
573 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
574 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
575 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
576 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
577 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
578 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
579 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
580 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

581 Lesbische Sichtbarkeit stärken

582 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
583 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
584 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
585 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
586 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig
587 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
588 ersten, inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
589 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
590 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn
591 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
592 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

593 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

594 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
595 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
596 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen
597 ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können.
598 Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

599 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in
600 denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir
601 die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen.
602 Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
603 allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive
604 der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des Geschlechtseintrags
605 wollen wir weiter abbauen.

606 Queere Rechte in Europa und weltweit

607 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
608 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
609 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
610 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-
611 freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen
612 aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30
613 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

614 5.4 Freiheit schützen und bewahren

615 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
616 Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie
617 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
618 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
619 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
620 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
621 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
622 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
623 des Rechtsstaates aufgegeben.

624 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
625 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
626 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
627 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
628 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
629 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
630 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
631 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
632 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
633 Beamte*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
634 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
635 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
636 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
637 weiter.

638 Prävention ist der beste Weg

639 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
640 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
641 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und
642 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
643 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
644 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
645 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
646 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
647 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
648 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

649 Polizei vor Ort stärken

650 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
651 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
652 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
653 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
654 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
655 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
656 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
657 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

658 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

659 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
660 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
661 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
662 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
663 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
664 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
665 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
666 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

667 Handeln zählt

668 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
669 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
670 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
671 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
672 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
673 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
674 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
675 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und
676 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
677 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
678 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

679 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
680 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
681 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
682 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
683 einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie kontrolliert wurde und welche
684 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.
685 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
686 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
687 werden.

688
689 Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können, wollen
690 wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
691 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in
692 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
693 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
694 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
695 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communities fördert.

696 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
697 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
698 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

699 Sicherheitsbehörden stärken

700 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
701 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
702 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
703 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
704 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
705 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
706 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht

707 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
708 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
709 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
710 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
711 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

712

713 Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen

714

715 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
716 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
717 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
718 befindet, marginalisiert ist, durch obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
719 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
720 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
721 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
722 zu entlasten.

723 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

724 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
725 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immerschwammigerer rechtlicher Grundlage zu
726 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
727 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
728 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
729 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit
730 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
731 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf das
732 unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einem Missbrauch durch technische und
733 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
734 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
735 und Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die intimste
736 Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und Online
737 Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
738 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen
739 klar definiert, rechtsstaatlich eingegrenzt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden
740 sein.

741 Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit,
742 sondern zerstören das essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele,
743 unsystematisch erhobene Daten können dazu führen, dass aufgrund der schier Menge wichtige
744 Anhaltspunkte übersehen werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr
745 erschwert werden kann.

746 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
747 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
748 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
749 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen.

750

751 Der Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen
752 stellen, hat aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür
753 aufgestellt ist, den Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung
754 durch diverse demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen
755 Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in
756 Neukölln oder durch die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner

757 Verfassungsschutz weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht
758 gerecht geworden. Er hat sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als
759 Teil des Problems bewiesen.

760
761 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
762 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
763 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
764 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
765 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
766 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

767 **5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

768 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
769 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
770 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
771 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
772 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
773 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem
774 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
775 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
776 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
777 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
778 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
779 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
780 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
781 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

782 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

783 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
784 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
785 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
786 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
787 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
788 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
789 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
790 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
791 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
792 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
793 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
794 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
795 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.
796 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
797 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
798 wollen wir weiter stärken.

799 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

800 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
801 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
802 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum

803 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
804 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
805 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
806 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
807 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
808 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
809 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
810 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
811 vorantreiben.

812 Opfer stärken

813 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
814 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
815 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
816 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
817 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
818 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
819 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
820 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
821 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
822 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.
823 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
824 Anzeige bieten.

825 Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

826 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
827 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
828 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
829 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
830 spezifischer Facherfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
831 eingesetzt werden können. Vorerfahrenszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
832 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
833 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
834 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
835 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
836 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer
837 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
838 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
839 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Wir werden möglichst schnell
840 das elektronische Examen sowie die Möglichkeit eines Teilzeit-Referendariats einführen.
841 Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken: mit einem transparenten
842 Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für
843 den Richterwahlausschuss.

844 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
845 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
846 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
847 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BIPOCs unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
848 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
849 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
850 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-

851 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
852 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden mit dem Ziel, Jurist*innen
853 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
854 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
855 angemessen umzugehen.

856 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

857 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
858 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
859 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
860 wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und
861 Blockheizkraftwerk forcieren.

862 Digitalisierung voranbringen

863 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
864 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
865 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
866 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
867 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
868 der Prozessgrundsätze.

869 Rechtsstaat für alle

870 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
871 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
872 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
873 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
874 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
875 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
876 werden wir weiterführen.

877 Gefangene werden Nachbar*innen

878 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
879 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
880 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
881 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
882 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der
883 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangenen
884 und ihre Familien weiter verbessern werden.

885 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
886 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
887 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
888 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
889 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
890 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir
891 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
892 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
893 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
894 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

895 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
896 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
897 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
898 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
899 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
900 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
901 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte
902 Chance. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir
903 werdendaher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und flexibler
904 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

905 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
906 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
907 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
908 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
909 wir fortsetzen.

910 Strafrecht als „Ultima Ratio“

911 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
912 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
913 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
914 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
915 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
916 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
917 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

918 **5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation,** 919 **Vielfalt und Transparenz stärken**

920 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
921 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
922 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
923 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

924 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
925 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
926 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
927 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
928 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
929 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
930 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
931 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
932 die Berliner*innen möglich.

933 Demokratie heißt Vielfalt

934 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
935 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
936 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
937 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
938 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
939 infrage stellen.

940 Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht

941 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
942 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
943 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
944 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
945 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
946 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
947 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
948 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
949 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

950 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

951 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
952 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
953 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
954 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
955 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
956 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
957 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
958 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

959 Bürger*innenräte in Berlin einführen

960 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
961 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
962 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
963 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
964 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch
965 das Zufallsprinzip gelost - aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
966 Staatsangehörigkeit - um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
967 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
968 "stille" gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
969 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
970 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
971 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer
972 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
973 sozialen Schichten zu Gute kommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

974 Stadtvertrag für Beteiligung

975 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
976 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
977 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
978 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
979 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
980 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen "Stadtvertrag Beteiligung" erarbeiten: weitere
981 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
982 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
983 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
984 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

985

986 Wir wollen die Infrastruktur digitaler Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit meinBerlin

987 besteht, ausweiten und damit das Prinzip offener Daten flankieren. Sie soll die
988 Möglichkeiten voranbringen, unter datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-,
989 Diskussions- und Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

990 Demokratische Initiativen stärken

991 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
992 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
993 Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV)
994 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
995 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
996 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
997 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
998 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
999 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
1000 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
1001 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
1002 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
1003 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
1004 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
1005 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
1006 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
1007 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

1008 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

1009 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
1010 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
1011 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistischen, antisemitischen, rassistischen oder
1012 andere menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
1013 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen.
1014 Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung
1015 unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere
1016 für junge Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und
1017 Jugendfreizeiteinrichtungen ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer
1018 Demokratie gelegt. Das ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der
1019 Demokratie“ und das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte
1020 entwickelt werden. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen
1021 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche
1022 Kolonialgeschichte.

1023 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

1024 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
1025 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich
1026 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
1027 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
1028 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
1029 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

1030 Hass und politische Gewalt bekämpfen - gegen jeden Antisemitismus

1031 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1032 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1033 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung

1034 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegenzutreten. Daher haben wir auch
1035 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen
1036 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1037 Landeskonzepktion zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1038 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1039 vorgehen!

1040 **5.7 Berlin - Stadt der Kultur und der Künste**

1041 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so
1042 reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-,
1043 Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und
1044 lebenswert machen. Doch der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den
1045 Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und
1046 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
1047 sich gebracht. Darüber hinaus haben durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose
1048 freischaffende Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre
1049 Existenzgrundlage verloren.

1050 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1051 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1052 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1053 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1054 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
1055 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1056 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1057 weiter vorantreiben.

1058 Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

1059 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1060 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen
1061 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1062 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1063 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1064 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1065 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1066 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen
1067 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1068 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1069 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1070 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von
1071 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1072 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1073 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1074 Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1075 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten, als Probe- und
1076 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1077 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1078 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1079 Förderung der Freien Szene neu justieren

1080 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1081 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1082 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1083 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
1084 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1085 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1086 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1087 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1088 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1089 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1090 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1091 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1092 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der freien Spartenverbände
1093 selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner Kulturfördergesetz kann die
1094 notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den gesellschaftlichen Stellenwert von
1095 Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die bestehende Fördersystematik
1096 innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind ökologische sowie soziale
1097 Nachhaltigkeit und Diversität.

1098 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

1099 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1100 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1101 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1102 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1103 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1104 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1105 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1106 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1107 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1108 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1109 einem wesentlichen Kriterium machen und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1110 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch die kulturellen Angebote selbst. Auch
1111 die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und Kulturszene
1112 muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu fördern,
1113 bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch in Jurys
1114 und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible Personalverantwortliche und
1115 Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass
1116 Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen entsprechend geschult werden.

1117 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1118 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive
1119 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1120 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1121 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1122 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1123 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1124 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1125 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1126 Kulturelle Bildung und Bibliotheken

1127 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1128 Kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrigschwellige,
1129 inklusive und aufsuchende Kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1130 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1131 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich
1132 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1133 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1134 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1135 Die Kreativwirtschaft ist schon seit Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1136 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1137 Solo-Selbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1138 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1139 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1140 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1141 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1142 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof

1143

1144 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1145 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1146 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1147 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1148 schaffen.

1149

1150 Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-) Kultur stärken

1151

1152 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1153 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des "Campus für Demokratie" auf dem
1154 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1155 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst, und
1156 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1157 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1158 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1159 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur vorantreibt.

1160 Freiheit der Medien garantieren

1161 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1162 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
1163 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1164 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1165 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
1166 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1167 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1168 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1169 im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1170 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1171 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1172 weiter hoch halten könnte. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung
1173 von illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung
1174 der Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden.

1175 Wir werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die
1176 Plattformregulierung durch die Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1177 „Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

1178 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1179 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1180 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1181 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1182 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1183 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1184 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1185 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1186 und mit automatischer Referenzförderung einführen.

1187

1188 Für Erstlings- und Folgewerke werden wir einen neuen Fördertopf schaffen, der einen
1189 breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart ermöglicht. Das MBB wird zu einer
1190 Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen
1191 verpflichtet, um den untragbaren Zustand des Unterlaufens von sozialen und tariflichen
1192 Mindeststandards zu beenden.

1193 Green Culture - Kultur und Nachhaltigkeit

1194

1195 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1196 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1197 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1198 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1199 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1200 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1201 Kulturförderung muss die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1202 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1203 Clubkultur erhalten

1204 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1205 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
1206 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
1207 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
1208 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
1209 zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkannt. Darüber
1210 hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf Bundesebene ein, damit die
1211 Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen Clubs auch durch Änderungen im
1212 Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch Kreativlabore der Subkultur. Gerade die
1213 kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir wollen sie retten und mit gezielten
1214 Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der
1215 gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu
1216 stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen
1217 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.
1218 In den letzten Jahren sind auch Open Air Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht
1219 worden. Momentan stehen die Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und
1220 Unsicherheiten. Darum wollen wir die Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen
1221 prüfen. Das gesellschaftliche Engagement der Clubs tut Berlin gut, weshalb wir sie, z.B. bei
1222 ökologischen Maßnahmen, weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1223 Decolonize!

1224 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
1225 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
1226 Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
1227 postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
1228 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
1229 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
1230 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
1231 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
1232 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
1233 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
1234 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
1235 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
1236 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
1237 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
1238 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
1239 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
1240 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
1241 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
1242 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
1243 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
1244 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
1245 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
1246 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
1247 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
1248 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
1249 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1250 **5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im** 1251 **Blick**

1252 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
1253 Hafen für Menschensein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
1254 mussten und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
1255 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
1256 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1257 Berlin ist sicherer Hafen

1258 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
1259 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
1260 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
1261 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
1262 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
1263 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
1264 Asylverfahren zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen,
1265 damit sich Landesbeamt*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Fronteinsätzen
1266 beteiligen.

1267 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
1268 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten

1269 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
1270 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
1271 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
1272 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
1273 Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu
1274 zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer
1275 wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn.
1276 Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen
1277 Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das
1278 Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige
1279 Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
1280 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien
1281 unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

1282 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

1283 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
1284 Zuhause finden - egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
1285 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
1286 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
1287 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
1288 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
1289 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
1290 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
1291 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
1292 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
1293 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
1294 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
1295 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
1296 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
1297 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende
1298 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt.
1299 Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt
1300 werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
1301 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
1302 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
1303 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
1304 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit auch diese
1305 niemand einen nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er/sie geflüchtet ist.
1306 Darüberhinaus wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche
1307 Passbeschaffung nicht zwingend machte, wieder einführen.

1308 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1309 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1310 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1311 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1312 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1313 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1314 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1315 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, sind
1316 inakzeptabel und müssen beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1317 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1318 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1319 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

1320 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1321 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen - selbst innerhalb der
1322 Europäischen Union - immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1323 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1324 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1325 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1326 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1327 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1328 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1329 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1330 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1331 Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung

1332 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1333 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1334 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1335 Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung
1336 Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür
1337 erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und
1338 ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und
1339 Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf Bundes-
1340 und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit verbindlicher
1341 Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und umweltbezogene
1342 Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in Deutschland bekommen
1343 und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1344

1345 Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst

1346

1347 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1348 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1349 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1350 420000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1351 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1352 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1353 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1354 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1355 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1356 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1357 Soziales Europa statt Ausbeutung

1358 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1359 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1360 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1361 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1362 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1363 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
1364 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1365 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1366 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.

1367 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1368 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1369 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1370 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1371 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1372 Partnerschaften in der Europäischen Union

1373 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1374 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1375 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1376 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1377 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1378 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1379 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1380 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den
1381 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1382 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-
1383 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1384 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1385 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1386 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1387 Europa in die Berliner Landesverfassung

1388 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
1389 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen
1390 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
1391 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
1392 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
1393 werden. Außerdem wollen wir das europäische Programm "NextGenerationEU" nutzen, um dem
1394 Klimawandel und der digitalen Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die
1395 Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit
1396 berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir
1397 vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen
1398 und mittleren Unternehmen, Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln
1399 durch niedrighschwellige Beratungsangebote erleichtern.

1400 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1401 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

1402 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1403 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1404 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1405 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1406 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1407 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1408 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1409 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1410 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1411 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1412 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 1413 Terrorserie in Neukölln

1414 Die rechtsextreme Terrorserie in Neuköllen steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-
1415 Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt,
1416 aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei
1417 Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat
1418 nicht mehr geschützt und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch
1419 Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit
1420 über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und
1421 Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode
1422 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung schafft Vertrauen.
1423 Genau das braucht die Berliner Polizei.
1424 Bis zur Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus stehen wir den
1425 Angegriffenen solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um einen Angriff auf
1426 unsere Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der
1427 Sicherheitsapparat die Betroffenen rechter Gewalt wirklich schützt.

1428 3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

1429 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1430 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1431 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1432 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1433 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1434 Gemeinsam mit mit Experten und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1435 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1436 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1437 auf lokaler Ebene erhöhen.

1438 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

1439 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1440 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1441 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1442 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1443 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1444 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1445 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1446 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1447 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

1448 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1449 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1450 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1451 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1452 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für
1453 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1454 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1455 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.